



N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin: Montag, 09.05.2011
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Ort, Raum: Haupt- und Realschule Remlingen
Cafeteria
Schöppenstedter Str. 44
38319 Remlingen

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Oberländer, Peter

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Siebert, Britta

Kreistagsabgeordnete

Aust, Karl Otto

Deitmar, Reinhard

Vogler, Birgit

in Vertretung für Frau
Großer

Vertreter/in der Jugendverbände

Enzenbach, Dirk

stellvertretendes Mitglied

Hauenschild, Elisabeth

in Vertretung für Frau
Lange-Geck

Vertreter/in der freien Vereinigung der Kinder- und Jugendhilfe

Hagedorn, Ulrich

Beratende Mitglieder

Hass, Anne-Katrin

Henning, Clarissa

Vertreterin der Lehrerschaft
Erzieherin einer
Kindertagesstätte

Klinge, Ute	Vertreterin der evangelischen Kirche
Kniep, Monika	Jugendbeauftragte der Kriminalpolizei
Piltz, Andreas	Vertreter der katholischen Kirche
Walter, Sabine	
Ziebarth, Carsten	Kreisjugendpfleger

Landrat

Röhmann, Jörg

Von der Verwaltung

Stiegler, Johanna	Co-Dezernentin
Köllmann, Johannes	
Heltzel, Stefan	
Hermann, Jörg	
Löb, Susanne	Gleichstellungsbeauftragte
Curland, Otto	Protokollführer

Es fehlen:

Kreistagsabgeordnete

Brücher, Bertold
Großer, Elke

Vertreter/in der Jugendverbände

Lange-Geck, Britta

Vertreter/in der freien Vereinigung der Kinder- und Jugendhilfe

Sankowski, Holger

Beratende Mitglieder

Benli, Ekrem	Interessenvertreter ausländischer Kinder und Jugendlicher
--------------	---

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Schulleiterin, Frau Giffhorn, die Ausschussmitglieder in den Räumlichkeiten der Cafeteria der Haupt- und Realschule Remlingen.

Frau Giffhorn und Frau Schneider stellen dem Jugendhilfeausschuss das „SOFT“-Konzept an der Haupt- und Realschule Remlingen vor. Grundlage des „SOFT“-Konzepts ist eine auf Dauer angelegte Zusammenarbeit aufgrund einer Kooperationsvereinbarung im Rahmen des integrierten Erziehungs-Gewaltpräventions- Beratungs- und Ganztagskonzepts.

Die PowerPoint Präsentation ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Frau Giffhorn dankt insbesondere dem Jugendhilfeausschuss und dem Landkreis Wolfenbüttel für die Schaffung der Stelle von Frau Schneider.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
3. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 10. Januar 2011
4. Anfragen
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)
5. Regionales Übergangsmanagement Schule - Beruf im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0914/2011
6. Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
Erste Informationen von Frau Stiegler
7. Frühe Hilfen
 - a) Start des Babybegrüßungspakets
Informationen von Herrn Alpert
 - b) Säuglings- und Kleinkindersprechstunde; Beratungsangebot über Kinder von 0 bis 3 Jahren
Präsentation von Herrn Hermann
8. Jugendkriminalität, Statistik
Bericht von Frau Kniep (Jugendbeauftragte der Kriminalpolizei) und Herrn Heltzel
9. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)
 - JuLeiCa
 - Personalplanung in der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, KAbg. Oberländer, eröffnet um 16:30 Uhr die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des XVI. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Er heißt alle Anwesenden herzlich willkommen in der neu eingerichteten Cafeteria der Haupt- und Realschule Remlingen. Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei der Schulleiterin, Frau Giffhorn, dass der Jugendhilfeausschuss in den Räumlichkeiten der Schule tagen kann. Er dankt ferner Frau Giffhorn und Frau Schneider für die aufschlussreiche und interessante Darbietung des „SOFT“-

Konzepts. Das „SOFT“-Projekt sei sicher enorm wichtig und beispielhaft als Erziehungs-, Gewaltpräventions- und Beratungskonzept im Schulalltag. Er kann sich vorstellen, dass andere Schulen auch an der Umsetzung interessiert seien und es kopieren.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 10. Januar 2011

Der Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift über die 22. Sitzung vom 10. Januar 2011 zur Aussprache.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt einstimmig bei einer Stimmenthaltung die Niederschrift zur 22. Sitzung am 10. Januar 2011, die allen Kreistagsabgeordneten und übrigen Mitgliedern übersandt worden ist.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Fragen aus dem Kreis der Einwohnerinnen und Einwohner gibt es keine.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Anfragen von Kreistagsmitgliedern liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 5 Regionales Übergangsmanagement Schule - Beruf im Landkreis Wolfenbüttel

Vorlage: XVI-0914/2011

Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 21. September 2009 (Anlage 2 zur Vorlage Nr. XVI-600/2009) ist dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport jährlich durch das Jugendamt zu berichten. In der Jugendhilfeausschusssitzung im Oktober 2010 wurde bereits ein Projektzwischenbericht abgegeben.

Frau Walter führt weiter aus, dass sich das Projekt nach Beendigung und Auswertung der Pilotphase nunmehr in der Phase der flächendeckenden Umsetzung befindet, d. h. an allen Haupt- und Realschulen in Stadt und Landkreis haben Kompetenzfeststellungs- und Berufsorientierungsverfahren stattgefunden. Eine Auswertung, insbesondere auch unter Einbeziehung der Schulleitungen, erfolge noch in diesem Monat.

Wie wichtig die Investition in Bildung ist und welche Folgen unzureichende Bildung hat, gehe aus einer Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hervor, die in diesem Jahr erschienen ist. Frau Walter zitiert aus der Studie:

„Unzureichende Bildung: Folgekosten für öffentliche Haushalte

- 7 Mio. Menschen in Deutschland sind ohne Ausbildungsabschluss
- 1,5 Mio. Menschen davon sind zwischen 25 und 34 Jahre alt (22 % ohne Schulabschluss, 52 % mit einem Hauptschulabschluss, 26 % mit einem Realschulabschluss)
- jährlich kommen 150.000 junge Menschen ohne Ausbildungsabschluss und mit schlechten Zukunftsperspektiven hinzu

Die Folgekosten dadurch beliefen sich nach dieser Studie auf bundesweit 1,5 Milliarden Euro durch entgangene Lohnsteuer (70 %), entgangene Arbeitslosenversicherungs-Beiträge (30 %), Arbeitslosengeld (15 %) und Sozialleistungen (15 %).

Für Niedersachsen bedeute dies einen Anteil von 16,1 % und damit jährlich 21.613 € pro Kopf.

Im Landkreis Wolfenbüttel haben in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 98,2 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Die Folgekosten allein hierfür belaufen sich nach der Studie damit auf jährlich 2.122.396 € (der Anteil der Kommune mit 15 % liegt damit bei rd. 318.360 € jährlich).

Nach der Studie könnte dieser Betrag pro Person jährlich investiert werden, damit junge Menschen Schul- und Ausbildungsabschlüsse erreichen werden, ohne dass den öffentlichen Haushalten zusätzlich Kosten entstehen würden.“

Die genannte Summe entspräche in etwa dem, was der Landkreis jährlich für das Projekt aufwände.

Der Kennzahlenbericht des Projekts „Regionales Übergangsmanagement Schule - Beruf“ im Landkreis beinhaltet eine Tabelle mit „nackten“ Projektzahlen, die jährlich auch intern für das Projekt zu erstellen und gegenüber dem Jugendhilfeausschuss zu berichten sind. Die Erhebung der Kennzahlen gestaltete sich aufgrund nicht validen Datenmaterials in den Schulen als schwierig.

Um für die Zukunft detaillierte Daten liefern zu können, sei ein Verfahren für eine Schülerbefragung entwickelt worden, dass jetzt erstmals im März und April in allen Abgangsklassen und zwar in allen Haupt-, Real- und Förderschulen, mit Ausnahme der Peter-Räuber-Schule, durchgeführt wurde. Die Gymnasien in der Stadt Wolfenbüttel wurden nicht beteiligt. Weiterhin werden alle Schülerinnen und Schüler an der Carl-Gotthard-Langhans-Schule und diejenigen, die im Bildungszentrum einen Haupt- oder Realschulabschluss erreichen möchten, befragt. Fragen aus dieser Befragung sind z. B.

welcher Abschluss voraussichtlich erreicht wird, der Berufswunsch und die schulischen und beruflichen Pläne. Die Befragung erfolgte nach Information und Zustimmung der Eltern durch Elternbrief und Elternabende.

In bzw. nach den Sommerferien soll noch einmal abgeglichen werden, welche Schülerinnen und Schüler an der Carl-Gotthard-Langhans-Schule erfasst sind. Bei allen anderen soll eine telefonische Folgebefragung durchgeführt werden.

Eine erneute telefonische Befragung ist nach einem Jahr geplant, um zu sehen, wie der Werdegang der Schülerinnen und Schüler verläuft. Dieses Verfahren soll die Möglichkeit eröffnen, umfangreiche Daten zu erheben und detailliert festzustellen, wo Warteschleifen entstehen und welche Erfolge messbar sind. Schülerinnen und Schüler können gezielter in Maßnahmen vermittelt oder von Maßnahmeträgern aufgesucht werden. Schwachstellen bei der Ausbildungsplatzsuche können aufgezeigt und für die Situation für die Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Damit soll erreicht werden, dass möglichst wenig Schülerinnen und Schüler durch das „Netz“ fallen.

Frau Walter verweist abschließend auf die Schulabgänger ohne Abschluss im Bildungszentrum bei den Hauptschülerinnen und –schülern. Bei einem Prozentsatz von 37,68 bestehe auch hier noch ein Handlungsbedarf.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen und erinnert, dass der Jugendhilfeausschuss mit der Vorgabe eigene Zahlen zu erheben, in richtiger Weise initiativ geworden sei. Der Kennzahlenbericht zeige auf, wie mit Zielvereinbarungen zum Haushalt 2011 vereinbart, dass die Schulabgänger ohne Abschluss unter 8 % geblieben seien und somit nahe an den Zahlen im Niedersachsendurchschnitt liegen. Damit müsse man nicht zufrieden sein, solle aber bedenken, wo der Landkreis gestartet sei.

Frau Walter geht noch einmal näher auf die auch in einer vorausgegangenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses thematisierten Zahlen der Bertelsmann-Stiftung ein. Die Zahlen seien aus dem Jahr 2008 und daher nicht aktuell. Es handele sich um eine statistische Hochrechnung der amtlich gemeldeten Abgänger am Anteil der gleichartigen Wohnbevölkerung, also um eine statistische Zahl und nicht um vergleichbares Zahlenmaterial. Sicherlich gibt es immer noch einige hohe Zahlenwerte, die für sich sprechen. An diesen Positionen müsse noch gearbeitet werden, um weitere Erfolge zu erzielen.

Frau Walter führt weiter aus, dass die Förderschulen Teil des Projektes sind, aber andere Strukturen aufweisen. Sie sind auch im Kompetenzcheck eingebunden. Es gab bereits mehrere Arbeitstreffen mit dem Jobcenter, den Förderschulen, dem Arbeitsberater der Arbeitsagentur und der Kompetenzagentur. Zunächst wurden die Übergänge für die Förderschulen transparent gemacht, um die Schwachstellen ausfindig zu machen. Man sei dabei, entsprechende Verfahren zu entwickeln.

Landrat Röhmann ergänzt, dass der Förderschulabschluss leider kein anerkannter Schulabschluss ist, obwohl er für den einzelnen Schüler, der ihn erreicht, schwer und von Wert sei. Er hält es für wichtig, auch für diese Jugendlichen ein Übergangsmanagement und Förderangebote für erfolgreiche Förderschüler anzubieten, um die Wertigkeit des Schulabschlusses zu würdigen und Anreize zu schaffen. In den dargestellten 89,13 % der Schulabgänger ohne Abschluss bei den Förderschulen im Jahr 2009 sind nur diejenigen statistisch erfasst, die den Hauptschulabschluss nicht erreicht haben, Förderschulabsolventen wurden als nicht bestanden gezählt.

Frau Klinge erkundigt sich unter Hinweis auf die aktuelle schulpolitische Diskussion im Land, wie die Zukunft der Förderschulen aussehen wird.

Landrat Röhmann vertritt die Auffassung, dass es weiterhin Förderschulen geben wird. Eigentliches Ziel sei es, die Förderstunden an den Schulen unterzubringen. Wichtig sei es für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, wie z. B. Lernschwäche, gemeinsam mit

anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet zu werden. Dieses betreffe zunächst die Grundschulen im Schuljahr 2012/13 und hätte zur Folge, dass die Ludwig-von-Strümpell-Schule in Schöppenstedt oder die Schule am Teichgarten in Wolfenbüttel weniger Schülerinnen und Schüler hätten. Es gibt bereits einige Grundschulen im Landkreis Wolfenbüttel, die darauf verzichten, Schülerinnen und Schüler an die Förderschulen zu schicken. Diese Schülerinnen und Schüler erhalten entsprechend pädagogische Stunden in dem Rahmen der normalen Unterrichtsform. Dieses sei mit der Inklusion das gesellschaftliche Ziel des Landes Niedersachsen. Landrat Röhmann hält es für gut und auch für richtig, dass Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden.

Aufgrund von Nachfragen von KAbg Deitmar, schlägt Landrat Röhmann vor, den Kennzahlenbericht des Übergangsmagements Schule-Beruf, verfasst von Frau Schelz und Frau Böttcher, ins Ratsinformationssystem einzustellen und damit allen Kreistagsmitgliedern zugänglich zu machen.

Der Ausschussvorsitzende unterstreicht noch einmal, dass im Jahr 2010 mit dem Ziel gestartet wurde die Schulabgänger ohne Abschluss unter 10 % zu halten. Im Jahr 2012 soll der Anteil unter 8 % liegen. Diese klinge wenig, verbirgt aber enorme Anstrengungen und großen Aufwand. Jede einzelne Schülerin bzw. jeder Schüler müsse entsprechend angesprochen und bewegt werden, damit dieser Zahlenwert erreicht werden könne.

Landrat Röhmann ergänzt, dass es sich tatsächlich um 20 Schülerinnen und Schüler handele, die weniger zu berücksichtigen wären. Dem stehe ein enormer Aufwand gegenüber, mit wie viel Einsatz habe man wie lange auf diesen Prozess eingewirkt. Die Infrastruktur des Projekts sei so aufgebaut, Personal zur Verfügung zu stellen, um Schulen die Möglichkeit zu geben, sich wieder auf den Unterricht zu konzentrieren. Dadurch könnten Schulen bessere Ergebnisse erzielen. Die Schule werde entlastet durch eine Verringerung der Störfaktoren. Es soll versucht werden, die entsprechenden Rahmenbedingungen für guten Unterricht und Lernerfolg zu schaffen.

Der Ausschussvorsitzende ruft nun den 2. Block des Kennzahlenberichts, den Anteil der Schulverweigerer auf, die der komplexen Hilfe bedürfen. Frau Walter führt weiter aus, dass die Zahl der Schulverweigerer von 13,75 % im Jahr 2007 um 50 % im Jahr 2012 verringert werden soll. Dieses Ziel soll durch den Einsatz von Schulsozialarbeitern erreicht werden, die erst im letzten Jahr zum 1. April ihren Dienst aufgenommen haben. Dieses ambitionierte Ziel benötige einen entsprechenden Zeitvorlauf. Die Schulsozialarbeiter sind mittlerweile etabliert. Durch die Reduzierung der Zahl der Schulverweigerer im Jahr 2010 zeigt der Einsatz bereits Erfolge.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erläuterung des 3. Blocks: die Zahl der Schulabbrecher.

Frau Walter führt aus, dass dieser Bereich noch Sorgen bereite, eine Trendwende ist nicht absehbar. In diesen Bereich ist noch viel Energie hineinzusetzen. Eine harte Aufgabe für die Schulsozialarbeiter.

Der Ausschussvorsitzende wünscht dem Jugendamt, dass es sich trotz aller Zahlen, die schonungslos präsentiert worden seien, weil nicht überall schnelle, sichtbare Erfolge vorzeigbar seien, nicht entmutigen lässt. Der Einsatz lohne sich in jedem Einzelfall.

KAbg Aust erkundigt sich nach den Schülerinnen und Schülern, die ihre Schulpflicht bereits abgeleistet haben und jetzt versuchen im Bildungszentrum einen Hauptschulabschluss nachzumachen und bisher von PACE betreut worden sind. Wie soll die Betreuung in Zukunft sicher gestellt werden? Welche Pläne hat das Jugendamt für die Lehrer und Schülerinnen und Schüler?

Frau Walter erläutert, dass diese Personenkreise in der Kooperationsvereinbarung mit PACE nicht ausgeschlossen seien. Es sei lediglich eine Frage der personellen Kapazitäten. Es bedarf noch einmal der nähren Beleuchtung, wo Prioritäten zu setzen seien, welche Personen vorrangig betreut werden müssen..

Landrat Röhmann ergänzt, dass das Klientel aus verschiedenen Beweggründen an den Kursen teilnimmt und aus unterschiedlichen Gründen abbricht, z. B. weil ein Beruf gefunden wurde oder aus persönlichen Gründen, wie Schwangerschaft. Ferner gibt es eine Klientel, die im Auftrag des Jobcenters versucht den Schulabschluss nachzumachen. Gerade dieser Personenkreis sei sehr geeignet für ein Casemanagement. Man sei sehr bemüht, diese Plattform verstärkt zu begleiten und mit eigenen Kräften zu unterstützen. Ein Controlling wird durchgeführt, um Zahlen zu messen und Entwicklungen zu erkennen, zumindest da wo sie negativ sind, um entgegensteuern zu können. Das Koordinierungsbüro Jugendberufshilfe wird mit den Akteuren vor Ort eine Deckung des Bedarfs anstreben.

Der Ausschussvorsitzende unterstreicht noch einmal, dass der Ansatz richtig sei, man sich nicht entmutigen lassen sollte. Die Ergebnisse seien erfreulich und machen zuversichtlich. Er begrüßt, dass Projekthalte und seine Ergebnisse durch den newsletter in die Öffentlichkeit transportiert werde. In dem newsletter wird das Projekt sehr anschaulich dargestellt. Zahlenwerte würden mit Hintergrundbiografien von Betroffenen verknüpft. Es stelle sich damit allgemeinverständlicher dar als dies Kennzahlen vermitteln könnten.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich noch einmal bei den Verantwortlichen für die Durchführung des Projektes und die Illustrierung der Arbeit im newsletter.

Die Vorlage wird vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Erste Informationen von Frau Stiegler

Frau Stiegler stellt das Bildungs- und Teilhabepaket vor. Der Begriff klinge zunächst zwar unscheinbar, aber das Bildungs- und Teilhabepaket habe es in sich. Es könne 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland neue Zukunftschancen geben.

Ursächlich für dieses Paket war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem die Berechnung der Regelsätze für verfassungswidrig erklärt worden war. Eine neue Lösung musste zum 1. Januar 2011 her. Nach zähem Verhandlungsmarathon zwischen Bund und Ländern gab es Ende Februar den Durchbruch. Man einigte sich im Vermittlungsausschuss. Das Bildungs- und Teilhabepaket trat rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft.

Die Kommunen hatten nunmehr das Problem der schnellen Umsetzung, obwohl noch nicht alle Details geregelt waren.

Der Landkreis Wolfenbüttel habe sehr schnell reagiert. Auf Wunsch des Landrates wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die die Umsetzung geplant und begleitet hat. Beteiligt waren das Jobcenter, das Amt für Arbeit und Soziales, betroffene Akteure aus dem Bereich Bildung und Jugend, wie das Jugendamt, das Schulreferat und das Bildungszentrum. Ferner kamen Frau Klooth als Sozialdezernentin, jemand aus dem Controlling sowie die Vortragende hinzu.

Frau Stiegler stellt nunmehr das Bildungs- und Teilhabepaket anhand einer PowerPoint Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist, vor.

Der Ausschussvorsitzende unterstreicht die Notwendigkeit der aktuellen Unterrichtung. Das Thema sei bereits am Samstag vor der Sitzung des Jugendhilfeausschusses von der Braunschweiger Zeitung aufgenommen worden. Es sei wichtig die hohe Zahl der Anspruchsberechtigten vielfältig zu

erreichen. Die Verwaltung habe gute Möglichkeiten dafür gesucht und gefunden. Der Ausschussvorsitzende wünscht viel Erfolg und hofft, dass alle Anspruchsberechtigten baldmöglichst die ihnen zustehenden Leistungen erhalten können. Die Ansiedlung der Service-hotline und die persönliche Beratung durch einen Ansprechpartner im Kinder- und Familienservicebüro hält er ebenfalls für gelungen.

Landrat Röhmann ergänzt, dass SGB II und SGB XII Leistungsempfänger ihre Leistung für den Schulbedarf i. H. v. 70,00 € ohne Antrag erhalten. Wohngeldberechtigte und Kindergeldzuschlagsberechtigte hingegen erhalten diese Leistung nur auf Antrag. Deshalb sollen alle Wohngeldempfänger, im Landkreis und auch im Stadtgebiet, eine aktive Ansprache erhalten, um die Leistungen wirklich zu erhalten. Dies sei allerdings schwierig, da der Personenkreis schwer ausfindig zu machen sei.

Landrat Röhmann führt weiterhin aus, dass das „BUT“ fast identisch sei mit der „Schulranzenaktion“, die sich vor einigen Jahren in Richtung Berlin bewegte. Damit wurde seinerzeit verdeutlicht, dass es Menschen gibt, die keinerlei Mittel haben, um Schulbücher und –material zu kaufen, die nicht am Mittagessen teilnehmen können usw. Daraufhin wurde im Landkreis Wolfenbüttel der Schulkostenfonds eingerichtet.

Es gibt allerdings einige Schülerinnen und Schüler, die nicht in den Genuss der Mittagsverpflegung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket kommen, weil das Rote Kreuz die Essenslieferung ohne Eigenanteilsangebot vornimmt. Dieses sind die Grundschulen Harztorwall in Wolfenbüttel, Denkte und Kissenbrück. Für diese Schulen sind neue Vereinbarungen zu treffen. Ferner sollen Gespräche mit der sozialen Schulkantine geführt werden, welche Möglichkeiten bestehen, dass Angebot weiterhin fortzuführen.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen des Landrates und fragt ferner nach, ob auch noch ein Impuls an die Leistungserbringer ergehe, damit diese wissen, welche Angebote gefragt seien auch entsprechend Maßnahmen ergreifen können.

Frau Stiegler führt an, dass die Koordinationsstelle im Kinder- und Familienservicebüro Kontakt aufnehmen wird.

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Vogel aus Sicht des Jobcenters um eine kurze Stellungnahme.

Herr Vogel erklärt, dass aus seiner Sicht die enge Kooperation mit dem Landkreis sehr wichtig sei, um gleiche Spielregeln für alle im Landkreis Wolfenbüttel zu erzielen. Es sei daher erforderlich, viele Gespräche zu führen. Der Start sei gelungen, die Anbieterlandschaft (770 Vereine und Verbände) ist noch zu erreichen. Dies sei ein großer Auftrag für die Koordinierungsstelle. Wichtig sei es aber, ein schlankes und zielführendes Verfahren beizubehalten.

Frau Stiegler merkt an, dass es in Zukunft Infoveranstaltungen für die verschiedenen Gruppen von Anbietern geben wird.

Herr Hagedorn spricht der Verwaltung ein großes Lob für die Entwicklung des schnellen und einfachen Systems aus. Dies spreche für die im Landkreis praktizierte gute Zusammenarbeit der beteiligten Akteure.

Der Ausschussvorsitzende wünscht gute Ergebnisse und dass die Leistungen alle erreichen möge, die sie benötigen. .

Frau Stiegler dankt Herrn Röttger für die großartige, geleistete Arbeit bei der bisherigen Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Der Jugendhilfeausschuss hat damit Kenntnis vom Sachstand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) genommen.

TOP 7 Frühe Hilfen

a) Start des Babybegrüßungspaketes

Informationen von Herrn Alpert

b) Säuglings- und Kleinkindersprechstunde; Beratungsangebot über Kinder

von 0 bis 3 Jahren

Präsentation von Herrn Hermann

Frau Walter führt in den Tagesordnungspunkt, der ein wichtiger Handlungsschwerpunkt der präventiven Arbeit des Jugendamtes sei, ein.

Wenn ein Kind geboren wird, kann man davon ausgehen, dass alle Eltern gute Eltern sein wollen. Niemand nimmt sich bewusst vor, eine schlechte Mutter oder ein schlechter Vater zu sein.

Durch versch. Problemkonstellationen in den Familien entwickeln sich die Dinge mit dem Baby oft nicht so, wie es gewünscht ist; dann brauchen die Eltern Hilfen, und zwar früh, damit der Zug möglichst nicht in die falsche Richtung fährt. Deshalb stellt das Jugendamt die frühen Hilfen auf drei Säulen. Zwei von Ihnen seien durch den Jugendhilfeausschuss beschlossene Projekte, das Babybegrüßungspaket und die Familienhebammen. Das Familienhebammenprojekt sei heute nicht als extra Punkt in die Tagesordnung aufgenommen worden. Das Familienhebammenprojekt ist im Nov. 2010 gestartet. Zurzeit werden 18 laufende Fälle von 2 Familienhebammen in Kooperation mit dem Klinikum in Wolfenbüttel betreut.

Eine 3. Hebamme soll mit Unterstützung des Klinikums Wolfenbüttel ausgebildet werden.

Die 3. Säule der frühen Hilfen ist die Säuglings- und Kleinkindersprechstunde.

TOP 7a Start des Babybegrüßungspaketes

Herr Westphal informiert in Vertretung für Herrn Alpert über den Start des Babybegrüßungspaketes.

Rückwirkend zum 1. Februar 2011 ist in der Abteilung 513 das Projekt Baby-Begrüßungspaket im Rahmen des Handlungsfeldes „Frühen Hilfen“ umgesetzt worden.

Inhaltlich geht es beim Babybegrüßungspaket im Rahmen von „Frühen Hilfen“ darum, Eltern mit neugeborenen Kindern das breit aufgestellte Beratungs- und Unterstützungsangebot des Jugendamtes des Landkreises Wolfenbüttel nahe zubringen.

Der Ablauf gestaltet sich wie folgt: Die Einwohnermeldeämter melden die Daten über neugeborene Kinder dem Jugendamt. Vom Jugendamt erhalten die Eltern ein Begrüßungs- und Willkommenschreiben des Landrates, in dem auch die Kontaktaufnahme des Bezirkssozialarbeiters mit den Eltern in den nächsten Wochen angekündigt wird.

Jugendamtsmitarbeiter/Innen und Eltern vereinbaren einen Termin zur Übergabe des Babybegrüßungspaketes. Sollten Eltern keine persönliche Übergabe des Paketes wünschen, werden das Babybegrüßungspaket und die darin enthaltenen Informationen zugeschickt.

Das Babybegrüßungspaket beinhaltet die gesammelten Elternbriefe des Arbeitskreises Neue Erziehung e.V., eine Informationsbroschüre für Eltern mit dem Titel „Das Baby“ von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, eine Broschüre „Kinder schützen, Unfälle verhüten“, ein Elternratgeber zur Unfallverhütung im Kindesalter von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, ein Greifring für die Baby und Auswahlbuchstaben (zusammengesetzter Erstname des Kindes).

Darüber hinaus befindet sich in dem Paket ein Flyer der Landkreis-Beratungsstelle für Eltern und Kinder über die Säuglingsprechstunde, die dort angeboten wird.

Frau Klinge erklärt, dass sie zu Beginn des Begrüßungspaketes angeregt habe, einen Flyer der freien Träger beizufügen, dieses wurde damals verneint. Sie fragt dennoch nach, ob es möglich sei, den Sozialwegweiser des Landkreises Wolfenbüttel beizufügen.

Lt. Frau Walter wird der Sozialwegweiser zurzeit überarbeitet. Nach erfolgter Überarbeitung soll er dem Babybegrüßungspaket beigelegt werden.

Landrat Röhmann ergänzt, dass das Jugendamt erneut prüfen solle, ob die Publikationen freier Träger, die einen aktiven Beitrag leisten, in dem Babybegrüßungspaket vertreten sein sollen.

Das Babybegrüßungspaket habe zwei Zielrichtungen: Eltern so früh wie möglich auf Beratung und Unterstützung hinzuweisen und die Sozialpädagogen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) durch präventive Maßnahmen zu entlasten. Der ASD solle Kontakt zu jungen Familien aufzunehmen. Dieses diene u. a., um Hemmschwellen abzubauen und die Motivation der eigenen Mitarbeiter/Innen zu steigern, die nicht immer erst wenn es brennt, tätig werden können, sondern auch präventiv.

Der Ausschussvorsitzende weist auf den Presseauftritt des Jugendamtes zum Babybegrüßungspaket von März diesen Jahres hin und bezeichnet diesen als sehr gelungen.

TOP 7b Säuglings- und Kleinkindersprechstunde; Beratungsangebot über Kinder von 0 bis 3 Jahren

Herr Hermann präsentiert anhand der als Anlage 3 der Niederschrift beigelegten PowerPoint Präsentation die Säuglings- und Kleinkindersprechstunde der Beratungsstelle für Eltern und Kinder, die eine weitere Säule im Handlungsfeld „Frühe Hilfen“ darstelle.

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass er sich über die große kreative Resonanz bei den im Problemfeld Tätigen freue, die viele Dinge, die sich aus der Diskussion über den möglichen Handlungsbedarf ergaben, aufgenommen hätten.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden sagt Frau Walter zu, in einer folgenden Jugendhilfeausschusssitzung zum Projekt „Familienhebammen“ als Bestandteil des Programms „Frühe Hilfen“ zu berichten.

TOP 8 Jugendkriminalität, Statistik Bericht von Frau Kniep (Jugendbeauftragte der Kriminalpolizei) und

Herrn Heltzel

Frau Kniep berichtet über statistisch erfasste Zahlen und Zusammenhänge der Jugendkriminalität aus Sicht der Kriminalpolizei. Das Zahlenmaterial ist als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt

Sie hebt die gute Zusammenarbeit mit dem Präventionsbeauftragten des Jugendamtes, Herrn Heltzel, hervor.

Herr Heltzel als Präventionsbeauftragter des Jugendamtes stellt dar, dass er auftragsgemäß versuche, durch geeignete Maßnahmen den erreichten Qualitätsstandard im Landkreis Wolfenbüttel zu halten. Die von ihm ausgehenden Aktivitäten seien Folgende:

Hauptschulen, Realschulen, Förderschulen, Gymnasien und Berufsbildenden Schulen :

- Elternabende zu unterschiedlichen Themen („Mediengefährdung“, gesundheitliche Risiken wie Alkohol, Drogen, und Mobbing)
- Unterrichtsgestaltung zum Thema „Alkohol und Drogen bei Fahranfängern“ (30 Junge Menschen sind im Jahr 2010 zu einer richterlichen Weisung zu diesem Thema verurteilt worden)
- Unterrichtsgestaltung zu den Themen : Internetgefährdung, Mobbing, Strafmündigkeit, und Jugendpornografie
- Sozialtraining durch Honorarkräfte und Institutionen (Jugendhilfeverein) insgesamt 5 Gruppen.
- Organisation von Theateraufführungen zu o.g. Themen
- Teilnahme an „Runden Tischen“

Schulunabhängige Maßnahmen :

- Teilnahme an Präventionsgremien (Präventionsrat)
- Aufsuchende Sozialarbeit bei gefährdeten Jugendlichen (Schladen)
- Alkohol u. Nikotin Testkäufe
- Mitternächtliche Discothekenkontrollen
- Alkoholkontrollen bei Zeugnisfeiern und an Treffpunkten von Jugendlichen
- Teilnahme an Fachveranstaltungen und Kongressen („Deutscher Präventionstag“)

Anhand von Fallbeispielen aus seinem Berufsalltag erläuterte Herr Heltzel die obigen Maßnahmen anschaulich.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Berichterstatern. Das vielfältige Präventionskonzept des Landkreises sei gut und müsse fortgesetzt werden. Die Kriminalstatistiken aus dem Landkreis Wolfenbüttel seien „Spitze“, auch wenn hier keine „heile Welt“ existiere. Das dies so ist, sei zu einem gewissen Anteil auch den Wirkungen des örtlichen Jugendschutzes und der Präventionsarbeit zu verdanken.

**TOP 9 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten
(§ 57 Abs. 4 NLO)
- JuLeiCa
- Personalplanung in der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche
und
 Erwachsene**

Herr Ziebarth berichtet über das Projekt JuLeiCa. Der Arbeitskreis Pro JuLeiCa wird eine Fachtagung durchführen, mit zwei Schwerpunkten. Im ersten Schwerpunkt werden Themen wie das Kindeswohl, die Inklusion, die Auswirkung des Bundeskinderschutzgesetzes sowie das „Medienmobil kommt nach Wolfenbüttel“ behandelt. Zweiter Schwerpunkt sei die Jugendarbeit in Schulen in Blockmodulen. In den Schulen Remlingen, Sickte, Schladen und Baddeckenstedt soll eine JuLeiCa Ausbildung in den Monaten September, Oktober, November 2011 durchgeführt werden. Ziel sei, im Benehmen mit der Fachhochschule die JuLeiCa zum unverzichtbaren Anforderungsbestandteil der Aufnahme eines Studiums der Sozialpädagogik an der Ostfalia zu machen.

Frau Stiegler informiert den Jugendhilfeausschuss über die Personalsituation in der Beratungsstelle für Eltern und Kinder. Zum 1. September 2011 sei die Stelle des stellvertretenden Leiters und zum 1. Oktober 2012 die Position der Leitung dieser Abteilung neu zu besetzen. Herr Köllmann wird zum 31. August 2011 und Frau Lezius-Paulus zum 30. September 2012 aus Altersgründen ausscheiden. Aus Kostengründen werden daher 2 Stellen in einer Stellenausschreibung gleichzeitig überregional ausgeschrieben. Die freiwerdenden Stellen sollen zum 1. Januar 2012 (Herr Köllmann) bzw. zum 1 April 2012 (Frau Lezius-Paulus) neu besetzt werden. Die Wahrnehmung der Leitungsaufgaben soll durch interne Umsetzungen erfolgen.

Frau Stiegler teilt dem Jugendhilfeausschuss mit, dass der Bundestag am 14 April 2011 eine Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts beschlossen hat. Eine der wichtigsten Änderungen ist die Festlegung von 50 Vormundschaften bzw. Pflegschaften für einen Vollzeit-Beschäftigten. Bei derzeit ca. 130 Vormundschaften bzw. Pflegschaften beim Landkreis Wolfenbüttel müssen 2 Stellen neu geschaffen werden. Trotz einer Übergangsfrist von einem Jahr sollen diese Stellen in Kürze eingestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, unter Hinweis auf die nächste Sitzung am 22. August 2011 im großen Sitzungssaal des Landkreises, für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:40 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in